

Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e. V. (DEVAP)

Pressemitteilung vom 11. Juli 2018

Dr. Bodo de Vries zum Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz (PpSG)

Aus Anlass der aktuellen Diskussion um den Referentenentwurf des Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetzes (PpSG) erklärt Dr. Bodo de Vries, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege e. V. (DEVAP):

„Die Bundesregierung hat vor Kurzem erklärt, mit einem ‚Kraftakt‘ gegen den Pflegenotstand vorgehen zu wollen. Der jetzt vorliegende Referentenentwurf des Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetzes weist in diese Richtung. Die Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege sollen spürbar entlastet werden. Jede vollstationäre Altenpflegeeinrichtung in Deutschland soll durch das geplante Sofortprogramm zur Pflege insbesondere mehr Personal bekommen. Insgesamt sind dabei 13.000 Pflegekräfte vorgesehen.

Allerdings wird eine sehr wesentliche Frage zur Zukunft der Pflege auch durch das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz bislang nicht beantwortet: Woher soll das Personal für die neu geschaffenen Stellen kommen? Dazu schweigt der Referentenentwurf! Das ist enttäuschend. Ich hätte mir statt eines Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetzes eher ein ‚Pflegepersonal-Stärkungs-und-Gewinnungsgesetz‘ gewünscht. Denn nach wie vor fällt es vielen Pflegeeinrichtungen schwer, überhaupt Stellen zu besetzen. Verbesserungen sind in dieser Hinsicht offenbar auch durch das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz nicht zu erwarten.“

Grundsätzlich begrüßt der DEVAP die vorgesehenen zusätzlichen Pflegekräfte und die Nutzung von finanziellen Mitteln der Krankenversicherung. Dr. Bodo de Vries betont zugleich jedoch: „Die zusätzlichen Stellen und Gelder können nur ein erster Schritt auf einem viel weiteren Weg sein. Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen müssen - ebenso wie dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - das Ziel haben, jede behandlungspflegerische Tätigkeit refinanziert und als ergänzende Personalressource zu erhalten. Denn dies wird Ihnen bereits seit 1995 verwehrt und benachteiligt die Versorgung in stationären Einrichtungen gegenüber der ambulanten Pflege. Das Gesamtvolumen der tatsächlichen behandlungspflegerischen Leistungen wird sicherlich mehr als fünfmal so hoch sein wie der Betrag, den die nunmehr eingestellten Gelder für zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kosten werden.“

Der Vorstandsvorsitzende des DEVAP begrüßt dagegen ausdrücklich die durch das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz vorgesehene Entlastung der Pflegekräfte durch gezielte Investitionen in die Digitalisierung: „Um die umfassenden Chancen der Digitalisierung für eine Entlas-

tung von Pflegekräften in der ambulanten und in der stationären Altenpflege zu nutzen, wird die Pflegeversicherung von 2019 bis 2021 anteilig und durch Zuschüsse verschiedenste digitale Maßnahmen in den Pflegeeinrichtungen fördern. Das gilt zum Beispiel für die Entbürokratisierung der Pflege und die Abrechnung von Pflegeleistungen ebenso wie für die Zusammenarbeit zwischen Ärzteschaft und Pflegeheimen. Ich bin zuversichtlich, dass das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz gerade mit Blick auf den digitalen Bereich zu deutlichen Verbesserungen im Alltag der Pflege beitragen wird.“

Das Bundesministerium für Gesundheit hat heute in Berlin zur Erörterung des Referentenentwurfs für ein Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz - PpSG) eingeladen. Der DEVAP war gemeinsam mit der Diakonie Deutschland im Vorfeld der heutigen Anhörung an der Ausarbeitung der Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW) beteiligt und trägt diese mit.

Kontakt: Nicolas Basse, DEVAP-Geschäftsführer, Telefon: 030 83001-277 E-Mail: info@devap.de

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e. V. (DEVAP) ist der größte evangelische Fachverband auf Bundesebene und vertritt über 1.950 stationäre Einrichtungen der Altenhilfe, über 1.400 ambulante gesundheits- und sozialpflegerische Dienste, mehr als 80 Altenpflegeschulen mit ca. 5.600 Ausbildungsplätzen sowie zahlreiche Altentagesstätten und Initiativen.